

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die nebenebststehende Zeile resp. deren Raum 1.— Mark.

Bei 6maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 24maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphische Adressen: **Altverband Bochum.**

Inverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.** Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Biemelshäuserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Heimlos.

Kleines Haus am Wegesrand,
Haus, wo meine Wiege stand,
Ob der Jugendtraum verblich,
Vaterhaus, wie lieb ich dich. —

Schau dich jetzt im Abendstrahl,
Kleines Haus voll Lust und Qual —
Möchte immer so dich seh'n,
Doch ich muß ja wieder gehn. —

Muß zu Fremden, liebeleer,
Heimat bist du mir nicht mehr,
Kleines Haus am Wegesrand,
Haus, wo meine Wiege stand. —

S. H.

Einigkeitsliebe oder Heuchelei?

Nur mit dem ersten Leitartikel, den der „Bergknappe“ in Nr. 88 vom 21. September unter obigem Titel bringt, wollen wir uns beschäftigen. Nicht aus dem Grunde, weil der „Bergknappe“, wie er es auch in dem angezogenen Artikel macht, uns sonst wieder der Feigheit bezichtigt, sondern weil wir der Meinung sind, daß es gar nicht schaden kann, uns mit dem „Bergknappen“ in ruhiger Weise über seine „prinzipiellen und taktischen“ Bedenken gegen eine einheitlich starke Bergarbeiterorganisation auszusprechen. Im übrigen werden wir auch in dieser Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ noch die Zurückhaltung üben, wie es unferverzett in den letzten Wochen geschah. Wir tun es, weil es für später äußerst interessant sein wird, einen Vergleich zu ziehen zwischen dem Inhalt der beiden Organe. Wir haben auf die Dugende von Angriffsen, auch die bössartigkeiten soweit sie aus dem letzten „Bergknappen“ enthalten sind, nicht geantwortet, das „christliche“ Organ aber spukt und schimpft weiter. Dafür werden wir aber auch als unchristliches Organ, als der Störenfried ausgerufen! Im Interesse der Kameraden stellen wir den Kampf ein und wir werden erst dann wieder zur Abwehr greifen, wenn wir nicht mehr anders können, trotz der Angriffe auch in der letzten „Bergknappen“-Nummer.

Kameraden, strebt nach Einigkeit! So riefen wir den Bergarbeitern zu und wir nahmen dann auch Anlaß, Stimmen aus Kameradenkreisen in der Einigkeitsfrage zu apostrophieren. Wir zeigten, daß innerhalb der Bergarbeiterschaft kein Drang nach Zersplitterung der Kräfte vorhanden ist, sondern daß die Kameraden selbst bestrebt sind, die Einigkeit zu fördern. Wir besuchten in letzter Zeit christliche Versammlungen und mit geringen Ausnahmen wurden unsere Redner nicht nur gut aufgenommen, sondern sie konnten sich auch überzeugen, daß der Einigkeitsgedanke bei den christlichen Kameraden tiefe Wurzeln geschlagen hat. Nur eine erneute fanatische, verderbliche Verhegung wird infandne sein, die Gewerkschaftsmitglieder gegen die Verbänder aufzuheizen, bis wieder die Not die Organisationen zum Zusammengehen zwingt. Freilich, der „Bergknappe“ sucht das Feuer am Glimmen zu halten. Wie sollten wir seine fortgesetzten neuen und unge-rechtfertigten Angriffe gegen uns auch sonst verstehen? Aber wartet wir ab. Es wird sich ja zeigen, ob sich die Gewerkschaftsmitglieder auf die Dauer für, dann wieder einmal gegen die Verbänder bestimmen lassen. So war es nämlich in den letzten Jahren und die Bergarbeiter hatten keinen Nutzen davon.

Strebt nach Einigkeit, Kameraden! Diesen Ruf ließen wir in die Lande gehen aus Einigkeitsliebe. Der „Bergknappe“ zweifelt das letztere an und meint, es könne auch Heuchelei die Erbsfeder unseres Handelns sein. Also nicht einmal den guten Willen billigt man uns zu, obwohl wir seit Jahren den Einigkeitsgedanken in Wort und Schrift hochhielten und propagierten, auch dann, wenn man uns solches Streben gründlich zu verketen gesucht hat. Aber was uns anspornen und für unsern festen Willen, die Kameraden einmal alle unter einen Hut zu bringen, sprechen muß, das sind die Argumente, die der „Bergknappe“, die Gewerkschaftsführer wie deren Hintermänner gegen den Einigkeitsgedanken ins Feld führen. Diese Argumente sind falsch, sie treffen uns nicht und wenn sie noch so oft wiederholt werden. Auch was der „Bergknappe“ in voriger Nummer gegen uns wie gegen die Einigkeitsfrage ins Feld führt, kann unser Vorhaben nicht erschüttern und ins Wanken bringen. Sehen wir uns darum näher an, was der „Bergknappe“ zu sagen hat.

Das Gewerkschaftsorgan behauptet, daß nicht die „Christlichen“, sondern die sozialdemokratischen Gewerkschaftler die Zersplitterer der Arbeiterbewegung sind diese hätten die Gewerkschaften für die Sozialdemokratie ausgenutzt. Diese Vorwürfe werden bekräftigt mit den Hinweis, daß die Sozialdemokratie schon in den 60er und 70er Jahren einen starken Einfluß auf die aufsteigende Gewerkschaftsbewegung ausübte. Wir stellen hier nur die Frage: Warum wurden denn nicht schon zu dieser Zeit christliche Gewerkschaften gegründet? Das wäre doch nicht so schwer gewesen. Es gab damals doch nur eine Handvoll Sozialdemokraten und die Macht des Alerus war groß. Jawohl, nicht einmal um die Gewerkschaften der Bischöfe kümmerte man sich in diesen Kreisen. Bischof Ketteler von Mainz kannte sehr wohl die englischen Gewerkschaften, ihre Ursachen, wie ihre Bedeutung für die Arbeiter. Aber man hütelte sich, die christlichen Arbeiter in gleiche Kampfesstellung gegen das Kapital zu bringen, in der sich die englischen Arbeiter schon befanden. Man überließ den Sozialdemokraten das Feld und die Bildung von Gewerkschaften nach englischen Muster. Wenn sich der Artikelschreiber über den ausgeübten Einfluß der Sozialdemokraten auf die Gewerkschaftsbewegung orientieren will, empfehlen wir ihm u. a. Bringmanns Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Er wird dann attemmäßig haben, daß zur Gründung der Gewerkschaften der Gedanke maßgebend war, die Arbeiter aller Richtungen kampffähig zu machen gegen das immer mächtiger werdende Unternehmertum. Man ging von dem vernünftigen Gedanken

aus, daß in den Gewerkschaften nicht nur die wirtschaftlichen Interessen sozialistischer Arbeiter, sondern die Interessen der Arbeiter aller Richtungen verteidigt werden sollten. Wenn man nicht erkannt hätte, daß den Gewerkschaften ein besonderes Kampfesgebiet zugeteilt werden mußte, dann hätten die sozialistischen Politiker nicht die Gewerkschaften beeinflusst und gefördert, sondern wären an der Stärkung der vorhandenen Parteioorganisationen herangetreten um von hier aus die gewerkschaftlichen Aufgaben zu lösen. In den sozialistischen Vereinen aber forcht nur derjenige aufgenommen werden, der das politische Programm der Sozialisten anerkannte, in den Gewerkschaften aber durfte jeder eintreten welchen Glaubens er auch war und welcher Partei er auch angehörte. In den „Bischöflichen Gewerkschaften“ hatte man Kanteln geschaffen, die den Eintritt der Arbeiter jeder politischen Richtung unmöglich machten. Sie war als Sonderorganisation von vornherein vorausgesetzt worden. Wir lassen sie deshalb aus dem Rahmen unserer Betrachtungen heraus!

Die von den Sozialisten gegründeten Gewerkschaften übten volle Neutralität aus. Die Streife aber, die sich später so kräftig für die Gründung „christlicher“ Gewerkschaften ins Zeug legten, kümmernten sich nicht um die gewerkschaftliche Erziehung ihrer Anhänger aus Arbeiterkreisen. Auch dann, als durch das Sozialistengefetz die freie Gewerkschaftsbewegung mit niedergeknüppelt wurde, die Verbände der Auflösung verfielen, dachte man nicht an die Gründung christlicher Gewerkschaften. Und wo es geschah, wie in der Bergarbeiterbewegung, da schuf man nur Organisationen, die der Zersplitterung blenten und die man wieder einschleusen ließ, sobald die Mission erfüllt war. Erst als die freien Gewerkschaften anfangen hunderttausende Arbeiter um ihre Fahnen zu sammeln, erlaubte man endlich den christlichen Arbeitern die Organisationen, die dann auch mit der Gründung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter ihren Anfang nahm. Selb hat es ja auf dem letzten Katholikentage zugegeben, warum man die christlichen Organisationen gestattete, oder wie der Herr sich ausdrückte, erlaubte! Und heute kommt der „Bergknappe“ her und macht den Sozialisten zum Vorwurf, daß sie an die Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen herangingen und verdrängt ihnen sogar, daß sie ihren Einfluß auf die Gewerkschaften ausübten. Führt der „Bergknappe“ nicht, wie er da seine eigene blutige Satyre, seine Selbstverherrlichung schreibt? Sollten die Arbeiter unorganisiert bleiben? Oder sollten die Sozialisten die Gründung christlicher Gewerkschaften nach heutigem Muster in die Hand nehmen?

Aber die Sozialdemokratie bedroht die heutige Gesellschaft, weil sie angeblich die Arbeiterklasse gegen alle anderen Klassen gerichtet will. Mit der Sozialdemokratie meint der „Bergknappe“ auch die freien Gewerkschaften, trotzdem in diesen sozial christliche Arbeiter organisiert sein dürften, als in den „christlichen“ Gewerkschaften selbst. Wichtig ist, daß in den Gewerkschaften die Arbeiter als Klasse organisiert sind, um sich gegen die Uebergriffe von draußen her zu wehren. Man höre aber nur die Vorträge christlicher Gewerkschaftsagitatoren und wir werden finden, daß diese selbst die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften aus denselben Gründen heraus herleiten und herleiten müssen. Oder sollten die christlichen Gewerkschaften nur gegen den Teil der Arbeiterklasse ins Leben gerufen sein, der sozialistisch denkt und nur darum? Wenn man den „Bergknappen“ liest, und die Ausführungen heim's dazu, dann muß man zu solchen Ansichten kommen, aber die Arbeiterkämpfe von heute sagen uns, daß auch in den christlichen Gewerkschaften das Klassengefühl gegen diejenige Klasse, von der sie bedrückt werden, schon längst erwacht ist. Warum also das wüste Geschimpfe, wenn wir uns als Klasse fühlen und für die Arbeiterklasse kämpfen?

Man sollte jene Leute ehren, die ihre Aufgaben darin sahen, die Lage der Arbeiterklasse durch gewerkschaftliche Organisationen zu heben, die allen Verfolgungen und Gemeinheiten trotzend sich den kämpfenden Gewerkschaftlern stets zur Verfügung stellten und die sich um die Arbeiter kümmern, während man auf der andern Seite keine gewerkschaftliche Bewegung aufkommen ließ. Ein Vierteljahrhundert schienen den Herrschaften die freien Gewerkschaften ungefährlich zu sein, erst als diese die Massen erfaßten, war Holland in Not und die Zersplitterungsversuche setzten ein und gelang. Und was ist geworden? Müßten nicht die christlichen Gewerkschaften schließlich die Forderungen der freien Gewerkschaften zu den ihrigen machen, dieselben Wege wandeln, dieselben Kämpfe führen? Ist das nicht der beste Beweis, daß das Christentum garnicht den gewerkschaftlichen Kämpfen im Wege steht? Und weil es so ist, stehen die Gewerkschaften auch dem Christentum nicht im Wege. Den freien Gewerkschaften trotzdem vorzuwerfen, sie erschütterten die christlichen Grundzüge heißt die christlichen Arbeiter betrügen und sie hinter's Licht führen!

Ja aber die Sozialdemokratie ist religionsfeindlich und die freien Gewerkschaften wie auch der Bergarbeiterverband sind ihr mit Haut und Haar vergeblich. Wir haben keine Ursache die Sozialdemokratie vor diesen Vorwürfen zu schützen. Aber eines glauben wir feststellen zu müssen, daß Sozialismus und Christentum in vielen Fragen viel näher sich treffen als die Anschauungen christlicher Arbeiter und christlicher Kapitalisten! Der Kapitalismus in seiner heutigen Gestalt widerspricht den Grundzügen des Christentums so oft und so gründlich, daß die christlichen Arbeiterverbände aus den Kämpfen gegen das Kapital garnicht mehr herauskommen. Wenn aber der Sozialismus einstmal verwirklicht sein wird, dann wird diese Gesellschaftsordnung den christlichen Grundzügen tausendmal mehr entsprechen, als das Staatswesen von heute, das so ungeheuerlich viel barbarische und unchristliche Grundzüge kennt, die aber nur durch Umwälzungen zu anderen Staatsformen beseitigt werden können, nicht durch bloße Lehren oder durch den Appell an die Menschlichkeit und an das Christentum allein. Das sollten doch die christlichen Gewerkschaften an sich selbst längst erfahren und in sich aufgenommen haben.

Der Sozialismus hat, wo er sich in politischen Gebilden zeigt, sein eigenes Kampffeld. Er vereint in sich die verschiedenen Berufe von Arbeiter, Handwerker, Bauer, Bürger, Fabrikant, Geistliche usw. Der sozialistischen Partei tritt nur bei, wer die sozialistischen Grundprinzipien anerkennt; die Gewerkschaften aber lassen die Türe für alle offen, die mitwirken wollen, Berufsfragen zu lösen, die alle Arbeiter, ob Jude, Christ oder Heide, gleichmäßig angehen. Die Fabrik wie die Grube nimmt die Masse nicht unterschiedlich auf,

sondern es wird in ihnen der Arbeiter als solcher gleich behandelt. Freud und Leid trifft wesentlich alle gemeinsam. Darum kommt auch der Bergarbeiterverband her und nimmt alle Bergleute auf, ohne Rücksicht auf ihre Religions- wie Parteizugehörigkeit. Wer den Verbandsinteressen dient und die gewerkschaftlichen Forderungen zu den seinigen macht, wird von uns nicht beschimpft und fortgesetzt angepöbeln werden, selbst wenn der Freund der Bergarbeiter sich — sozialdemokratische Partei nennt. Damit verpflichten wir kein Verbandsmitglied, daß es nun auch Sozialdemokrat sein muß. Das mag jeder mit sich abmachen, wie er will. Wenn parlamentarische oder politische Aktionen uns zum Reden zwingen, oder zwingen, zu einzelnen Fragen Stellung zu nehmen, dann werden wir als Verband so sprechen und Stellung nehmen, wie es uns für die Kameraden dienlich erscheint. Wir reiten nicht, wie der „Bergknappe“, fortgesetzt auf einer Partei herum, ob diese gut oder böse handelt. Wir beschimpfen keine Partei, der selbst die christlichen Arbeiter vieles zu verdanken haben; wir schonen aber auch keine Partei, von der wir schlecht bedient werden. Daß die Sozialdemokratie für uns, die Bergarbeiter, recht oft gründlich in die Schranken trat, sichert ihr unser Wohlwollen, an dem Tage aber wo ihr Tun unseren gewerkschaftlichen Interessen widerspricht, erheben wir gegen sie Protest. Genügt das dem „Bergknappen“ noch nicht?

Daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen die christliche Weltanschauung in die Gewerkschaftsbewegung hineingetragen hat, findet seine Widerlegung durch unsere hier festgestellten Tatsachen. Wo man früher innerhalb des Verbandes religiöse Fragen erörterte und wodurch sich christliche Arbeiter verletzt fühlen konnten, das haben wir nicht gutheißend künden und werden es auch fernerhin nicht tun. Ja, wir waren ehrlich genug, einzugehen, daß in dieser Frage Fehler gemacht worden sind und daß wir lebhaft wünschen, solche Fehler innerhalb des Verbandes nicht wieder auskommen zu lassen. Der „Bergknappe“ hätte besser getan, sich aller Ausführungen hierauf zu enthalten. Es steht schlimm um das christliche Organ, nicht bessere Gründe gegen den Einigkeitsgedanken herbeibringen zu können, als das Herinzerrn der Religion, wo diese doch das einheitliche Handeln aller Bergleute garnicht verbietet. Aber wir haben schon in dem vom „Bergknappen“ angegriffenen Artikel angeführt, daß es besser gewesen wäre, man hätte von vornherein Einfluß auf den Verband sich verschafft. Die Sozialdemokraten waren bei Gründung des Verbandes in der Minderheit. Eine gute Agitation des Alerus unter den christlichen Arbeitern hätte diesen einen solchen Maß im Verband sichern können, daß sie einigeln Einfluß hätten, während man sich abreden könnten. So haben es die sozialistisch denkenden Arbeiter vielfach mit den Konsumvereinen gemacht. Diese waren sehr oft in Händen ihrer Gegner. Die Arbeiter kamen aber her, traten in die Konsumvereine ein, verschafften sich Einfluß und man arbeitete dann gemeinschaftlich für die Interessen der Konsumvereinsmitglieder. Das hat niemandem geschadet, wie der Stand des Gewerkschaftswesens von heute zur Evidenz nachweist.

Zum Schluß kommt der „Bergknappe“ her und legt der „Bergarbeiter-Zeitung“ von neuem folgende Fragen vor:

- 1. Steht der alte Verband nicht auf dem Boden derselben Weltanschauung und verfolgt die Verbandsleitung nicht dasselbe Endziel wie die sozialdemokratische Partei?
- 2. Wollen die Altverbänder wirklich einheitliche, auf christlich-nationaler Grundlage stehende, neutrale Organisation?

Der „Bergknappe“ wirft uns Feigheit vor, weil wir diese Frage nicht schon längst beantwortet haben. Der „Bergknappe“ weiß so gut wie wir, daß der Verband dieselben wirtschaftlichen Forderungen wie der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter erhebt, und diese sogar noch eher als der Gewerkschaften daran dachte. Seine „Weltanschauung“, hat der Verband in seinen Statuten festgelegt. Diese verstoßen weder gegen die christlichen Grundzüge noch übt irgend eine politische Partei ihren Einfluß auf die Statuten aus. Das Endziel des Verbandes ist, alle Forderungen der Bergarbeiter zu verwirklichen, soweit diese zum Wohle der Kameraden erfüllt werden müssen. Trifft ein solches Endziel des Verbandes mit den Endzielen der sozialdemokratischen Partei zusammen, dann hoffen wir die christlichen Arbeiter an unserer Seite zu haben. Hat die sozialdemokratische Partei noch andere Endziele, dann wird sie diese zu verwirklichen suchen mit und ohne den Bergarbeiterverband.

Zur zweiten Frage haben wir zu sagen: Die Altverbänder wollen eine einheitliche Organisation und da sie diese wollen ist es den Altverbändern gleich, was für religiöse und politische Auffassung das einzelne Mitglied hat. Darüber haben wir uns ja weiter oben ausgesprochen. Unsere Forderungen sind weder unchristlich noch antinational. Wenn die Verbandsforderungen erfüllt sind, dann hat weder das Christentum noch die Nation etwas verloren. Beide können hierdurch nur gewinnen. Das ist der wirklich neutrale Standpunkt, wie wir ihn vertreten und der jedem Bergarbeiter nur zugute kommen kann. So handeln die Grubenbesitzer, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen wahren und sich in Verbänden zusammenfinden. Und nun gestatte uns der „Bergknappe“ auch einige Fragen:

- 1. Warum gehen die Gründer wie die Gönner der christlichen Gewerkschaften nicht her und verlangen von den Grubenbesitzern, wie von den übrigen Unternehmern, daß sie sich in christlichen Verbänden zusammenschließen sollen?
- 2. Warum sagt der „Bergknappe“ nicht den zentralen Grubenbesitzern, daß sie sich Sonderorganisationen gründen sollen, weil die Liberalen, die Freimaurer unter den Werkherren, antichristliche Anschauungen hegen und so die Frömmigkeit der christlichen Grubenbesitzer gefährden?
- 3. Warum hat man christlicherseits nicht schon längst mit der Zersplitterung der Unternehmer eingeseht?

Also, lieber „Bergknappe“, wir bitten um Antwort, dann wird zwischen uns bald Klärung kommen!

18. Internationaler Bergarbeiterkongress.

Eröffnungssitzung.

Montag, den 16. September.

Der 18. Internationale Bergarbeiterkongress findet statt in Salzburg, der deutsch-österreichischen Grenzstadt im uralten Salzbergbaugebiet. Die Stadtverwaltung hat dem Kongresskomitee den schönsten Saal des Kurhauses überlassen gegen die geringe Entschädigung von 10 Kronen (8,50 Mark) pro Tag. Um 10 1/2 Uhr vormittags eröffnet Kamerad **Edwards** (Österreich) die Versammlung und überlegt die Leitung dem Vorsitzenden des Internationalen Bergarbeiterkomitees.

Kamerad **Edwards** (England, Mitglied des englischen Parlaments). Er begrüßt die zahlreich erschienenen Delegierten und hebt hervor, daß noch kein Internationaler Bergarbeiterkongress so stark besucht gewesen sei, wie dieser. Aus Großbritannien, Frankreich, Desterreich, Deutschland und auch aus Amerika seien Bergarbeitervertreter anwesend. Der Kongress gewinne an Bedeutung, weil die Organisationen der Bergarbeiter imposanter würden. Diesmal seien wohl über eine Million organisierte Bergleute vertreten. Redner schließt seine Rede mit dem Wunsche, dieser Kongress möge gut wirken zum Wohle der Bergarbeiterschaft.

Kamerad **Jarolim**, Obmann der österreichischen Bergarbeiterunion, heißt die Delegierten namens der Desterreicher herzlich willkommen. Er gab seiner Freude Ausdruck, die internationalen Vertrauensmänner begrüßen zu können. Redner weist in kurzen Zügen auf die Erfolge hin, welche die österreichische Bergarbeiterschaft innerhalb der letzten neun Jahre erreicht hat; dieser Zeitraum liegt zwischen der heutigen Tagung und dem ersten Kongresse in Desterreich (Wien). Zunächst ist es gelungen, das allgemeine Reichsratswahlrecht zu erhalten. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei stieg mit 85 Abgeordneten im Parlamente, darunter unser Kamerad **Engl**. Weiter sei die damals aus 19 Organisationen bestehende österreichische Bergarbeiterschaft mit 10 000 Mitgliedern nun in eine einzige Zentralorganisation vereinigt, die 33 000 Mitglieder besitze. Wenn auch die österreichischen Bergarbeiter dies alles aus eigener Kraft nach langem Kampfe erlangt hätten, so haben sie trotzdem sehr viel den auswärtigen Kollegen zu verdanken. Hierfür spreche er allen Helfern besonderen Dank aus.

Kamerad **Sachs** (Bergarbeiterverband, Deutschland) drückt seine Freude über die Erfolge der Desterreicher aus, insbesondere über die erzielte Einigung der Bergarbeiterorganisationen. Hoffentlich sei das für Deutschland vorbildlich. Redner will keine lange Ansprache halten, sondern sich darauf beschränken zu konstatieren, daß die Tagesordnung des Kongresses zeige, wie viel noch für die Verbesserung der Bergarbeiterlage zu tun sei. Hierbei trägt er mitzuhelfen, dazu sei die organisierte Bergarbeiterschaft Deutschlands freudig bereit.

Kamerad **Samendin**, Mitglied des französischen Parlaments, gibt ebenfalls seiner Freude über den Fortschritt der österreichischen Bergarbeiterbewegung Ausdruck. Auch die französischen Bergarbeiter sind in der glücklichen Lage, Fortschritte konstatieren zu können. Mancher Vorteil wurde erreicht, jedoch zumeist nur durch den energischen Gewerkschaftskampf und die Beratung auf den Kongressen. Erhoffen können die französischen Bergarbeiter noch manche wirtschaftlichen Kämpfe bevor, die jedoch hoffentlich zum Siege führen werden.

Kamerad **Marolle**, Mitglied des belgischen Parlaments, überbringt die Grüße der Bergarbeiter Belgiens. Trotz aller Hindernisse von Arbeiterfeinden, vor allem aber durch die liberale Parlaments-Majorität bereitet, hätten die belgischen Arbeiter ihre wirtschaftliche Lage verbessert. Es seien sogar bergarbeiterfreundliche Gesetze ausgearbeitet worden, welche die Kammer annahm, die Regierung machte sie jedoch nicht, und nichtig. Erst durch große Demonstrationen sei es dann gelungen, die Gesetze dem Senate zu übergeben. Dort seien sie vorläufig begraben. Die belgischen Bergarbeiter werden jedoch keine Ruhe geben, bis es endlich gelungen sein wird, diese Gesetze durchzubringen. Redner ist jedoch in der Lage, bekannt zu geben, daß in kürzester Zeit Tage kommen werden, in welchen die Frauen und Kinder nicht mehr hungern und degenerierende Arbeit verrichten werden müssen. Ebenso werden für die erwachsenen Arbeiter Verhältnisse zu erreichen sein, welche eine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeiführen.

Kamerad **Burke**, Delegierter des großen amerikanischen Bergarbeiterbundes, bespricht die gewaltigen Kämpfe der amerikanischen Bergleute gegen die Riesenkapitalisten. Es handle sich vor allem um ein besseres Lohnsystem und um die Anerkennung der Organisation. Diese würde sehr erswert durch die Massenwanderung von Japanern und Chinesen. Doch sei es gelungen, auch diese, z. B. im Staate Ohio, teilweise zu organisieren. Die amerikanische Bergarbeiterorganisation beschäftigt sich jetzt mehr auch mit politischen Fragen, suche möglichst viele Arbeitervertreter in die Gesetzgebungs- und Verwaltungskörper hineinzubringen. Fortschritte seien auch hierin gemacht worden. Mit den Bestrebungen des Internationalen Bergarbeiterkongresses seien die amerikanischen Kameraden vollkommen einverstanden.

Redakteur **Brenkler** von der „Salzburger Wacht“ begrüßt den Kongress im Auftrage der organisierten Arbeiter Salzburgs und wünscht den Beratungen besten Erfolg.

Anschließend werden die Wahlen der Kommissionen und des Präsidiums für die nächste Sitzung vorgenommen. Zu Stimmzählern werden gewählt die Kameraden **Smith** (England), **Verant** (Frankreich) und **Hammacher** (Hirsch-Dunderscher Gewerksverein Deutschlands); zu Mandatprüfern **Bohl** (Desterreich), **Glöber** und **Strader** (England), **Cavrot** (Belgien), **Gildy** (Amerika) und **Horn** (Deutschland (Verband)); in die Geschäftsordnungskommission **Jarolim** (Desterreich), **Gilmor** und **Cann** (England), **Burke** (Amerika), **Cavrot** (Frankreich) und **Hue** (Deutschland (Verband)). Das Präsidium für den nächsten Tag bilden **Jarolim**, **Onions** (England) und **Cavrot** (Belgien).

Begrüßungsschreiben und Telegramme sind eingegangen von den Bergarbeitern in Böhmen, Galizien, Steiermark und Serbien; die letzteren haben einen Bericht über die serbischen Bergarbeiterverhältnisse eingeholt. — Die Nachmittagsitzung fällt aus, weil das Geschäftskomitee vorerst eine Reihe von geschäftlichen Kongressangelegenheiten zu erledigen hat.

Zweiter Tag (Vormittagsitzung).

Dienstag, den 17. September.

Kamerad **Jarolim** leitet die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen ein. Sodann wird eingetreten in die Beratung des Punktes **Arbeitszeit**. Hierzu liegen Anträge aus England, Belgien, Frankreich und Desterreich vor, die sämtlich in der Hauptsache die Achtstundenschicht, inklusive Ein- und Ausfahrt fordern und zwar durch gesetzliche Verfüzung. Der österreichisch-deutsche Antrag fordert außerdem vor besonders schwierigen Arbeitspunkten die Sechsstundenschicht. Der belgisch-französische Antrag bezieht sich ausschließlich auf die Untertage-Arbeiter, was aber wohl ein Versehen ist, da schon auf den früheren Kongressen die Belgier und Franzosen die Achtstundenschicht für alle Bergarbeiter gefordert haben.

Kamerad **Hall** (England) begründet den britischen Antrag und macht dabei interessante Ausführungen über das Schicksal der Achtstundenvorlage im britischen Parlamente. Redner bedauert, daß der britische Antrag nicht gleichlautend mit dem anderen ist, aber der Sinn sei derselbe. In England sei man im Kampfe um das Achtstundengesetz dem Ziele näher gekommen als jemals. Redner kann feststellen, daß in diesem Jahre im englischen Parlamente eine

diese Angelegenheit betreffende Bill (Gesetz) in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen wurde. Sie sei aber unerledigt geblieben. Nun sei die Regierung gezwungen, die Vorlage aufzunehmen. Die Bill sei einem Komitee zugewiesen. Wenn vorläufig auch keine Aussicht sei, die Bill durchzubringen, so werde sie von der Regierung dem Parlamente zur Diskussion vorgelegt werden. Redner unterzieht nun die Regierungsbill einer Kritik. Im Prinzip sei sie gut, doch enthalte sie verschiedene Klauseln, welche die englischen Bergarbeiter niemals annehmen können und werden. So sollen die Grubenbesitzer das Recht haben, an 60 Tagen eines jeden Jahres für die Arbeiter Ueberstunden festzusetzen. Das könnten die Arbeiter aber nicht annehmen, denn die Verhältnisse wären dann schlimmer als die bestehenden. Ebenso wenig könne man die Klausel annehmen, nach welcher im Kriegsfall oder anderen Ausnahmefällen die Arbeiter zur ununterbrochenen Arbeit gezwungen werden können. Er ist überzeugt, daß die Idee des Achtstundentages in England liegen werde.

Kamerad **Whitefield** unterstützt den Vorredner. Die Klausel in der Regierungsvorlage betreffend die Arbeitszeitverlängerung im Kriegsfall sei unannehmbar. Durch die Verweigerung der Arbeit im Kriegsfall würde dieser bereitet werden. Wenn die Regierung für ihre Interessen einen Krieg führen will, soll sie es tun. Die Arbeiter sind nicht dazu da, um für fremde Interessen ihr Blut zu vergießen.

Kamerad **Cavrot** (Belgien) beglückwünscht die Desterreicher, daß sie wenigstens schon ein Neunstundengesetz haben. In Belgien stehen die Dinge sehr schlimm. Dort wird noch 11, ja sogar 12 und 13 Stunden in Bergwerken unterirdisch gearbeitet. Seit 18 Jahren kämpfen die belgischen Kameraden um kürzere Arbeitszeit, doch hätten die liberale Regierung und die Grubenbarone die Bestrebungen stets zu Falle gebracht. Nun hätte sich aber die öffentliche Meinung für die Bergarbeiter eingestellt. Es wurde eine Enquete (Untersuchung) abgehalten, welche diesmal gegen den sonstigen Ausgang von Enqueten für die Bergarbeiter einen besseren Erfolg hatte als der ganze zwanzigjährige Kampf. Die belgische Kammer wird die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf ihre Tagesordnung setzen. Eine Verwirklichung ist zu erwarten.

Kamerad **Contaux** (Frankreich) schildert die Verhältnisse in seiner Heimat. Wohl bestünde ein Gesetz, das jetzt die Schichtzeit vor allem der Hauer und Schlepper auf 8 1/2 Stunden beschränke. Doch stände diese Vorschrift unjensehr auf dem Papier, je schwächer die Organisation sei. Die Grubenbesitzer behaupteten, die Konkurrenz des Auslandes gelatte keine Schichtverlängerung. Aber das französische Parlament werde sich auf Antrag der Sozialisten mit einem Achtstundengesetz für alle Bergleute beschäftigen müssen und die Bergarbeiterorganisation werde nachhelfen. Der jetzige Zustand sei unhaltbar.

Kamerad **Wendt** (Deutschland (Verband)) gibt Aufklärung über die Lage in Deutschland. Hier bestünde noch kein Gesetz, das allgemein die Schichtzeit im Bergbau regelt. Der Reichstag habe leider noch kein Reichsberggesetz beschlossen, obgleich die sozialistische Fraktion es seit über einem Jahrzehnt beantragt. Immer noch sind die Bergleute der Landesgesetzgebung ausgeliefert. Die Regierung habe zwar 1905 den streikenden Bergleuten besseren gesetzlichen Schutz versprochen, aber ihr Wort nicht gehalten. Der preussische Landtag habe ein verhungertes Gesetz geschaffen. Dem stimmte die Zentrumspartei zu, obgleich sie vorher anderes versprochen. In Schlesien arbeite die Mehrheit der Bergleute immer noch zehn bis zwölf Stunden unterirdisch. In Westdeutschland sollten nach der Regierungsangabe zwar acht bis neunstündige Schichtzeiten vorherrschen, aber tatsächlich sei die Arbeitszeit länger und eine Unmenge Ueberstunden sind üblich. Die Bergleute verfahren jährlich durchschnittlich über 300 Schichten sogar mehr als 40 Schichten sind monatlich zu verzeichnen. Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet hat der Bergarbeiterverband vorjährig durch einen Streik eine tägliche Schichtverkürzung von 1-3 Stunden erzielt. Zum Schutze der Bergarbeitergesundheit sei unbedingt eine reichsgesetzliche Regelung der Schichtzeit nötig, wie unser Antrag vorschlägt.

Kamerad **Edwards** (Desterreich) berichtet über den Stand der Schichtzeitfrage in Desterreich. Ueber ein Drittel der Bergleute ist von dem Neunstundenschichtgesetz nicht betroffen. In Desterreich bestehen nämlich zwei Gesetze für die Arbeitszeit, das erste ist 24 Jahre alt und bestimmt die zwölfstündige Arbeitszeit, das zweite stammt aus dem Jahre 1901 und setzt für die Arbeiter in Kohlengruben die neunstündige Arbeitszeit fest; für die ober Tage Arbeitenden gilt dieses Gesetz nicht, ebenso für die Arbeiter in Erzgruben. Acht Stunden arbeiten 22 850 Arbeiter, acht bis neun Stunden 69 987 und zehn bis elf Stunden 14 647 Arbeiter. Redner verlangt eine präzise Bestimmung der Arbeitszeit in den Gesetzen, damit für alle Arbeiter der gleiche Arbeitstag gelte.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge der Engländer, Desterreicher und Deutschen einstimmig angenommen.

Kamerad **Ebert** erklärt, er und seine beiden Kollegen vom „christlichen Gewerksverein“ könnten nicht für den belgisch-französischen Antrag stimmen, weil er nur die Untertagearbeiter betreffe und dann ginge der Antrag zu weit, weil er auch in Schlagwettergruben eine kürzere als Achtstundenschicht wolle. Dagegen würden die Gewerksvereinsdelegierten den Anträgen der Engländer, Desterreicher und dem des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands zustimmen. Wie wir schon sagten, beruht die unklare Fassung des belgisch-französischen Antrages betr. die Gruppe der zu tageshütenden Arbeiter zweifellos auf einem Versehen.)

Nachmittagsitzung.

Die Präsenzliste.

Um 2 Uhr nachmittags werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Zunächst gelangt die Präsenzliste der Engländer und Amerikaner zur Verlesung. Es sind im ganzen 58 Engländer und 2 Amerikaner erschienen. Auf die englischen Distrikte verteilt sich die Zahl in folgender Weise: Nottingham weist 24 000 organisierte Arbeiter von 31 000 Arbeitenden aus. Yorkshire 75 000 organisierte, 100 000 arbeitende, Derbyshire 21 000 organisierte, 33 000 arbeitende, Lancashire 6 000 organisierte, 7 500 arbeitende, Leicestershire 6 000 organisierte, 7 500 arbeitende, Süd-Wales 117 000 organisierte, 152 000 arbeitende, Bristol 2 000 organisierte, 2 007 arbeitende, Mittelengland 3 000 organisierte, 4 500 arbeitende, Schottland 60 000 organisierte, 95 000 arbeitende, Cleveland 7 600 organisierte, 9 800 arbeitende, Süd-Derby 7 600 organisierte, 8 600 arbeitende, Durham 9 500 organisierte, 13 000 arbeitende, Northumberland 26 000 organisierte, 44 000 arbeitende, Nord-Wales 10 000 organisierte, 12 800 arbeitende, Vereinigte Staaten 375 000 organisierte, 525 000 arbeitende Bergarbeiter. Die Gesamtziffer weist 916 048 organisierte Arbeiter aus, 1 263 900 arbeiten in Bergwerken.

Die deutschen Arbeiter sind in vier Gruppen vertreten, die 217 817 Arbeiter mit 689 428 Beschäftigten ausweisen. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands ist mit 11 Delegierten und 116 247 organisierten, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter mit 3 Delegierten und 77 000 organisierten, die polnische Berufsvereinigung mit 2 Delegierten und 28 000 organisierten, der Gewerksverein deutscher Bergarbeiter Hirsch-Dunderscher Richtung mit 1 Delegierten und 2570 organisierten Arbeitern vertreten.

Die Desterreicher sind durch 19 Delegierte vertreten, 33 000 Arbeiter sind organisiert, 136 652 arbeiten.

Die Belgier sind durch 10 Delegierte vertreten, 65 000 Arbeiter sind organisiert, 139 000 arbeiten.

Die Franzosen sind durch 6 Delegierte, darunter zwei Abgeordnete, vertreten; 30 000 sind organisiert, 182 000 arbeiten. Seit Gründung der Streikfonds ist die Zahl der Organisierten im stetigen Steigen begriffen.

Die ganze Sitzung wurde ausgefüllt mit der Debatte über folgende, von der Geschäftskommission auf Antrag der österreichischen Delegation vorgelegte Resolution:

„In Anbetracht daß der Generalsekretär im Auftrage des internationalen Komitees verschiedene Sonderorganisationen in Deutschland und Ungarn eingeladen hat, diesen Kongress zu besuchen und in Anbetracht, daß der internationale Kongress auch geschaffen wurde, um in jedem Lande die Bergarbeiterorganisation zu stärken und so den Bergarbeitern die möglichst größten Vorteile zu sichern, beauftragt hierdurch dieser Kongress das internationale Komitee, in Zukunft keine Organisation anzuerkennen, welche eine Sonderorganisation ist und in irgend einer Weise dem allgemeinen Reichsverbande entgegensteht; und weiter empfiehlt mir allen Organisationen, sich wie in Großbritannien zu einem Verbandszusammenzuschließen und auf zukünftigen internationalen Kongressen eine einheitliche Vertretung zu schicken.“

Kamerad **Gilmor** (England) begründet diese Resolution, indem er sich schärf gegen die Konkurrenzorganisationen wendet. In Großbritannien sei es einfach unmöglich, daß zwei oder gar noch mehr Bergarbeiterorganisationen in einem Revier bestehen könnten, durch die gegenseitige Bekämpfung schwächen sich die Arbeiter sehr empfindlich. Der Internationale Kongress könne nur mit einheitlichen Landesvertretungen rechnen und müsse den Kameraden in Desterreich und Deutschland den dringenden Rat geben, sich eine einheitliche Organisation zu schaffen.

Kamerad **Beda** (Desterreich) unterstützt den Vorredner. Die österreichische Delegation sei gegen die Zulassung von Sonderorganisationen nach der Art des „christlichen Gewerksvereins“ in Deutschland. In London seien sie zugelassen worden, auch auf diesem Kongress sei eine „christliche Delegation“ erschienen, außerdem noch zwei andere separate Organisationen aus Deutschland. Den Desterreichern gehe die Resolution nicht weit genug. Wenn die Bergarbeiterzerstückelung anerkannt würde, dann können nächstens aus Desterreich auch die anarcho-sozialistischen und „freisozialistischen“ und christlich-sozialen Vereinigungen, die in Desterreich lediglich die Untertagegeschäfte besorgen und wollten, vom Kongress anerkannt werden. Nur mit Vorbehalt würden die Desterreicher evtl. für die Resolution stimmen. Aber auf dem nächsten Kongress würden sie unter keinen Umständen für Zulassung der Sonderorganisationen stimmen.

Kamerad **Ebert** (Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands): Die dem Kongress vorgelegte Resolution gibt darin, daß falls bis zum nächsten Jahre nicht eine Vereinigung der deutschen Organisationen stattgefunden hätte, die übrigen Organisationen, also beispielsweise die ungrische, die polnische Berufsvereinigung und der Gewerksverein Hirsch-Dunderscher nicht mehr zugelassen werden sollen. Die Tragweite dieser Resolution — so darf ich wohl ruhig behaupten — ist dergehalt, daß sie der Arbeit, der gewerkschaftlichen Arbeit der vereinigten internationalen Bergarbeiter sicher nicht zum Nutzen gereichen wird. Ferner möchte ich von vornherein betonen, daß wir nicht bitten unter allen Umständen zugelassen zu werden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir das Streikrecht voll für uns ausüben. Das haben wir bewiesen bei dem großen Bergarbeiterstreik. Wir haben es bewiesen im vorigen Jahre, wo wir 180 000 Mt. verstreikt haben. Wie die Verhältnisse nun einmal in Deutschland liegen, ist augenblicklich an eine Verschmelzung im nächsten Jahre nicht zu denken. Das erkläre ich öffentlich, damit Sie wissen, daß, wenn die Resolution angenommen wird, Sie damit über 100 000 Organisierte ausschließen; denn nach der von dem Delegierten Horn gegebenen Statistik haben die drei Verbände über 100 000 organisierte Arbeiter. Wenn Sie die ausschließen wollen, dann zeigen Sie damit, daß nicht die gewerkschaftliche Vertretung in erster Linie Ihr Zweck ist, sondern daß andere Gründe mitspielen. Es handelt sich um ehrliebe Gewerkschaftler, die das Streikrecht ausüben, die in wirtschaftlichen Fragen mit den anderen deutschen Organisationen so ziemlich auf demselben Boden stehen, noch mehr wie die Arbeiter von Großbritannien und Irland. Wir gehen einig in der Frage des Achtstundentages, in der Frage der Verlesungsgesetze und in der Frage der Frauenarbeit. Nie hat darüber ein Streit bestanden und es wird darüber auch nie ein Streit entstehen. Das ist der beste Beweis dafür, daß wir wirtschaftlich zusammenarbeiten wollen, ja sogar zusammenarbeiten müssen. Wollen Sie uns nun zurückstoßen, dann liegt es an Ihnen; es wird den Kampf nicht vermindern, sondern ihn vergrößern. — Andererseits geben Sie der Welt das Schauspiel, daß Sie ehrliebe Gewerkschaftler zurückstoßen und sie nicht mit zur gemeinsamen Arbeit heranziehen wollen. Ich erkläre also öffentlich: unter diesen Umständen kommen wir zunächst von selbst nicht wieder und wir sind es unserer Ehre schuldig, daß wir heute schon den Kongress verlassen.

Kamerad **Sokinski** (polnische Berufsvereinigung): Ich freue mich, an dem Kongress teilnehmen zu können. Die Resolution tut den Polen und Slaven großes Unrecht. Die preussische Regierung verfolgt seit Jahren eine Politik, die dahin geht, die Polen auszurotten und sie aus ihrem angestammten Lande zu vertreiben. Die große Masse der Polen wandert aus in deutsche Gegenden und sucht Arbeit in den Bergwerken, während in ihrem Lande künstlich germanisiert wird. Solange die preussische Regierung so vorgeht, muß man begreifen, daß jeder Pole sich dagegen wehrt. Die Polen fassen die Streitigkeiten zwischen den deutschen Organisationen und aus diesem doppelten Gesichtspunkte haben sie dann einen eigenen Verband geschaffen. Der Redner bittet zum Schluß, die Resolution nicht auf die Polen anzuwenden, weil ihnen dadurch die weitere Teilnahme an dem Kongress unmöglich gemacht würde. Man möge deshalb die Resolution ablehnen.

Kamerad **Sachs** (Vorsitzender des alten Bergarbeiterverbandes Deutschlands): Wir sind in Differenzen geraten mit unseren österreichischen Kameraden über die Zulassung der Organisationen. Sie haben uns schon Vorwürfe gemacht über unsere Haltung auf dem Londoner Kongress; sie hatten erwartet, daß wir im vorigen Jahre gegen die Zulassung der Christlichen gestimmt hätten. Wir haben damals keinen Widerspruch erhoben, sondern die Erklärung abgegeben, daß, wenn sich die christliche Organisation solidarisch zeigt, wir gegen ihre Zulassung auch fernherin nichts einzuwenden haben. Diefelbe Erklärung haben wir auch heute den Desterreichern mitgeteilt: sie haben sich damit nicht befremden können, und das hat zu dem Antrage an die Geschäftskommission geführt. Die Gründe der österreichischen Kameraden sind hauptsächlich die, daß in Desterreich eine anarcho-sozialistische Richtung besteht, daneben noch eine christlich-soziale Gruppe. Wenn wir also an unserem Verhalten weiter festhalten würden, dann würde die Katastrophe eintreten, daß diese Richtung, die den Untergang der österreichischen Organisation herbeiführen will, anerkannt werden müßte. Wir sind gefragt worden, wie wir dem zusammenzugehen könnten auf dem internationalen Kongress mit Organisationen, die eigentlich unsere Konkurrenz seien und die es in Deutschland nicht anders machen, wie die Sonderorganisationen in Desterreich. Wir mußten allerdings zugeben, daß uns namentlich die christliche Organisation die größten Schwierigkeiten bereitet, indem sie in denselben Revieren, in denen wir zuerst organisiert waren, uns starke Konkurrenz machen, indem sie uns bekämpfen und die Kräfte der Arbeiter zerstückeln. Das ist die Wahrheit und das müssen auch die Christlichen als richtig anerkennen. Ferner mußten wir zugeben, daß zwischen uns immerfort ein scharfer Kampf besteht. Es handelt sich dabei nicht nur um die gegenseitigen Vorwürfe in den Blättern; nein, wir müssen sagen, daß wir oft in recht unehrliebe und unehrliche Weise bekämpft werden. Wir werden immerwährend bekämpft in der Art, daß man uns nachsagt, wir nehmen es nicht ernst mit den Arbeiterinteressen. Andererseits hat

die Organisation, und zwar noch in allerletzter Zeit, unsere Mitgliederzahl in unwürdiger Weise herabzusetzen versucht. In einem Flugblatt wurde behauptet, wir hätten 65 000 Mitglieder verloren. Wir haben dies richtiggestellt; doch immerwährend wurde damit agitiert, jetzt wieder im Essener Bezirk in einem Zeitungsbericht, der im Abzug aller Zahlstellen der christlichen Organisationen zugeführt worden ist, daß wir im ganzen Essener Bezirk kaum dreitausend Mitglieder hätten — eine Behauptung, die nicht der Wahrheit entspricht. So wird den Arbeitgebern unsere Organisation stets schwächer hingestellt, als sie in Wirklichkeit ist. Diese Kampfmethode muß hier gebrandmarkt werden. — Trotzdem hätten wir den Antrag nicht gestellt, der von den Oesterreichern ausgeht. Wir haben zusammen gekämpft und trotz aller Konkurrenz uns mit diesen traurigen Tatsachen abgefunden. Aber nach Überlegung aller Gründe, wie sie in der Geschäftskommission erörtert worden sind, müssen auch wir sagen, daß auf die Dauer derartige Konkurrenzorganisationen die Grundlage der internationalen Kongresse nicht erfüllen können. Diese Grundlage ist gelegt worden von unseren englischen Brüdern; sie ist auf dem Festlande sofort von uns akzeptiert worden, und Sie wissen, daß diese Grundlage eine freilichliche, an keine Partei gebundene ist. Aber von der anderen Seite werden wir als Parteiinstanz hingestellt und der Kampf in die gewerkschaftlichen Organisationen nur aus Parteiinteresse hineingetragen. Ich will lobend hervorheben, daß uns die Pisch-Dunderjahn am allerwenigsten Schmerzen machen und uns stets in anständiger Weise entgegengekommen sind. Im übrigen steht in der Resolution nichts von einer Verschmelzung, sondern es ist da nach meiner Erinnerung nur von einer Vereinigung die Rede. Wie diese zustande kommen soll, das ist Sache der Organisationen. Es wird also nicht verlangt, was Kamerad Effert befürchtet. Sondern es handelt sich aber doch nur darum, daß in einem Lande die Konkurrenzorganisationen für später als schädlich erklärt werden. Der polnische Kamerad hat mit Recht gesagt, daß die preussische Regierung die Polen mit allen Nachmitteln unterdrücken will. Sondern es ist da nach meiner Erinnerung nur von einer Vereinigung die Rede. Wie diese zustande kommen soll, das ist Sache der Organisationen. Es wird also nicht verlangt, was Kamerad Effert befürchtet. Sondern es handelt sich aber doch nur darum, daß in einem Lande die Konkurrenzorganisationen für später als schädlich erklärt werden. Der polnische Kamerad hat mit Recht gesagt, daß die preussische Regierung die Polen mit allen Nachmitteln unterdrücken will. Sondern es ist da nach meiner Erinnerung nur von einer Vereinigung die Rede. Wie diese zustande kommen soll, das ist Sache der Organisationen. Es wird also nicht verlangt, was Kamerad Effert befürchtet. Sondern es handelt sich aber doch nur darum, daß in einem Lande die Konkurrenzorganisationen für später als schädlich erklärt werden.

Kamerad Hamacher-Oberhausen (Gewerkschaft Deutscher Bergarbeiter Pisch-Dunder): Ich will nur eine kurze Erklärung abgeben: Ich kann mich nur den Ausführungen Efferts anschließen, daß wir durch die Resolution die Dinge in Deutschland, wie sie nun einmal liegen, nicht besser. Wir kommen uns dadurch nicht näher. Es muß das auf ganz andere Art und Weise geschehen, die sich zu Hause abspielen muß, nicht auf dem Kongress. Ich wundere mich dann aber, daß wir überhaupt Einladungen erhalten haben, wenn man beabsichtigt, uns heute auszuschießen. Wir waren in der glücklichen Lage, zu Hause schon zu wissen, daß diese Frage hier auf dem Kongress ihre Erledigung finden sollte. Von meinem Vorstand, der sich schon mit der Sache befaßt hat, habe ich den Auftrag, den Kongress nach heute zu verlassen, wenn ein solcher Beschluß angenommen wird.

Ein belgischer Medner (Rebanché) hält eine längere Ansprache, in der er den Grundsatz aufstellt, daß ein Christ kein Arbeiterfreund und kein Klassenkämpfer sein könne. (Müsse bei den Altverbändlern: Unsim! Die Franzosen rufen den Medner zur Sache.)

Kamerad Que: „Ich habe mit meinen Kollegen vom Bergarbeiterverbande noch nicht über die Angelegenheit sprechen können, kann daher nur vorläufig in meinem Namen erklären: Mit dem, was Rebanché gesagt hat, bin ich nicht einverstanden. Nach meiner Überzeugung sind sich Christentum und Sozialismus nicht zuwider.“

Kamerad Gilmor wollte die Resolution an die Geschäfts-Kommission zurückweisen, um sie unabweislich zu fassen. Belgier und Franzosen verlangen sofort Abstimmung. Schließlich wurde auf Antrag des Kameraden Que die Resolution von der Internationalen Komitee zur Veranschlagung für den nächsten Kongress zu übergeben. Gemäß der erfolgten Ansprache wird das internationale Komitee die Einladungen zu dem nächsten Kongress zu bewerkstelligen haben.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission sind vertreten Großbritannien durch 60 Delegierte für 916 048 organisierte Bergleute, Nordamerika durch zwei Delegierte für 375 000 Organisierte, Oesterreich durch 19 Delegierte für 33 000 Organisierte, Frankreich durch sechs Delegierte für 30 000 Organisierte, Belgien durch zehn Delegierte für 65 000 Organisierte, der Verband der Bergarbeiter Deutschlands durch 13 Delegierte, für 110 247 Organisierte, der Gewerksverein „christlicher Bergleute“ durch drei Delegierte für 77 000 Organisierte, die polnische Gewerksvereinigung durch zwei Delegierte für 28 000 Organisierte, der Gewerksverein Pisch-Dunder durch einen Delegierten für 2570 Organisierte (Die Zahlen betreffen den Mitgliederstand am Jahreschlusse 1906.) Zum Präsidenten für die nächste Sitzung wird gewählt Burke-Amerika, dem Sings-Oesterreich und Goniauz-Frankreich als Stellvertreter zugewählt werden. (Schluß folgt.)

Der Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz.

Der Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz ist perfekt geworden. Es ist der erste größere Ausbruch, dem eine Kündigung vorausging, somit fällt für die Arbeiter, die kündigten, der Vorwurf des Vertragsbruchs. Freilich haben sich diesem Kameraden angegeschlossen, ohne die Kündigung einzureichen, was sich nach Lage der Sache auch nicht vermeiden läßt. Zunächst wollen wir feststellen, daß sich der Streik auf die Gruben von Senftenberg herum erstreckt. Ueber seinen Verlauf berichten wir an anderer Stelle. Wir geben hier zunächst den Auslassungen des „Berliner Tageblatt“ über die Lohnbewegung Raum und stellen fest, daß das Blatt nach vielen Seiten hin die Situation richtig beurteilt. Es schreibt u. a.:

„Schon vor Jahren wurde ziemlich deutlich für die Arbeitgeber darauf hingewiesen, daß die Arbeitsverhältnisse im Braunkohlenbergbau der Niederlausitz sehr viel zu wünschen übrig ließen. Es war eine durchaus falsche Politik, die Dinge ihren Gang gehen zu lassen, ohne daran zu denken, daß angesichts der niedrigen Löhne über und über lang ein erster Konflikt unausbleiblich sein müsse. Das niedrige Lohnniveau hatte allerdings zur Folge, daß in keinem einzigen Braunkohlengruben Deutschlands die Gesteinskörnungen so tief standen, wie im Braunkohlenbergbau der Provinz Brandenburg. Aus dieser Feststellung allein ergab sich schon die Notwendigkeit, der Bewegung der Löhne größere Aufmerksamkeit zu schenken, als dies durch die Werksverwaltungen geschehen ist. Wenn darauf hingewiesen wird, daß in den letzten Jahren die Löhne um 18 Proz. gestiegen seien, so hilft dies nicht darüber hinweg, daß im Vergleich zu den Löhnen in anderen Gebieten des Braunkohlenbergbaues die Löhne in der Provinz Brandenburg und hier wieder im Niederlausitzer Revier an sich viel zu niedrig standen und stehen. Die Werksverwaltungen haben nur eine Entschuldigung für ihr geringes Interesse, das sie der Besserung der Arbeitsverhältnisse schenken, nämlich den Hinweis auf die eigenartige Verfassung des Arbeitsmarktes in ihrem Bezirke. Die Bergarbeiter übten nie sehr lange auf ihren

Arbeitsstellen, sondern wanderten im Hinblick auf die niedrigen Löhne sehr bald westwärts ab. Die Folge war aber nicht etwa Arbeitermangel auf den Gruben, sondern ein äußerst starker Zustrom überaus anpruchsvoller und billiger Arbeiterkräfte aus dem Osten, aber auch aus Brandenburg selbst. Aus dem landwirtschaftlichen Teile der Mark, Schlesiens und Pommern kamen hausenweise die Arbeiter, um Gruben- oder Fabrikarbeit zu verrichten. Daneben werden aber auch noch Polen in großer Zahl angeworben, so daß vor einigen Jahren die Polen in einer Reihe von Bezirken das deutsche Element zurückgedrängt hatten. Auf dieser eigenartigen Gestaltung des Arbeiterangebotes beruhte die Möglichkeit, das Lohnniveau fortgesetzt so niedrig wie möglich zu halten, bis jetzt unter der Arbeitererschaft das Maß der Unzufriedenheit übergelaufen ist. Sie haben den Werken ihre Bedingungen eingereicht, aber noch nicht einmal eine Antwort erhalten. Vermutlich rechnen die Werksverwaltungen damit, daß bei der besonderen Zusammensetzung der Arbeitererschaft ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiter nicht zu erwarten ist, daß außerdem der Zustrom fremder Arbeitskräfte sie vor größeren Verlegenheiten bewahrt.“

Eine Antwort ist inzwischen erfolgt, d. h. die Werksbesitzer lehnen die Forderungen ab und lassen sich auf Verhandlungen mit den Organisationen nicht ein. Das ist aber nicht traglich zu nehmen, da es vom Umfang und Schicksal von der Dauer des Streiks abhängen wird, ob sich die Herren nachgiebig zeigen oder nicht. Was das Berliner Blatt zu sagen weiß, von den traurigen Arbeitsverhältnissen im niederlausitzer Braunkohlengruben unterstreichen wir Wort für Wort. Man braucht nur die Forderungen der Bergarbeiter einer Prüfung unterziehen, um gleich zu erkennen, wie elendiglich es mit der Lage der dortigen Bergarbeiter bestellt sein muß. Die Forderungen lauten:

1. a) Einführung der neunstündigen Arbeitszeit inklusive einer halbstündigen Pause. Als Einführungszeit ist der 1. Oktober d. J. festgelegt.
- b) Für alle Fabrikarbeiter ist bei einer zwölfstündigen Schichtzeit eine zwölftündige Pause einzuführen.
- c) Leberstücken und -Stunden sind zu vermeiden und nur bei Gefahr für das Leben der Arbeiter, oder zur Sicherung des Betriebes zulässig.
2. a) Für sämtliche Arbeiter, welche auf dem Werke beschäftigt sind, eine Lohnzulage von 15 Prozent. Der Lohn für Fuhrer soll nicht unter 4,50 Mk., für Schlepper nicht unter 4,20 Mk., für volljährige Fabrikarbeiter nicht unter 3,50 Mk., für jugendliche Arbeiter im Alter von 18 bis 21 Jahren nicht unter 3,25 Mk. und für jugendliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren nicht unter 3,00 Mk. betragen.
- b) Bezahlung aller Nebenarbeiten, als Schienen- und Plattenlegen, Holzstellen usw.
- c) Bei Betriebsstörungen, welche länger als eine halbe Stunde dauern, sollen die Arbeiter mit anderer Arbeit beschäftigt werden und die Zeit nach dem bestehenden Schichtlohn bezahlt erhalten.
- d) Abschaffung aller Prämiengebände.
- e) Einführung der achtstündigen Lohnzahlung auf den Werken, wo dieselbe noch nicht besteht. Der Lohn soll am Freitag jeder Woche ausgezahlt werden.
- f) Die Arbeitsordnung ist den Forderungen entsprechend abzuändern.
3. Aufhebung der Sperre.
4. Holz ist in genügender Menge und zugerichtet an die Endstationen der Grube zu liefern.
5. Für gutes, frisches Trinkwasser haben die Verwaltungen in den Gruben und Fabriken zu sorgen.
6. Ausreichende Badeanstalten und Umkleieräume sind einzuführen. Wo der Tagebau weiter als zehn Minuten von der Fabrik entfernt liegt, sind auch dort Badeanstalten zu errichten.
7. Bessere Transportmittel für Verletzte und Kranke sind anzuschaffen.
8. Humane Behandlung der Arbeiter durch die Beamten.
9. Vollständige Bewegungsfreiheit für alle Arbeiter, welche in Werks-häusern und Kasernen wohnen.
10. Infolge dieser Lohnbewegung dürfen keine Maßregelungen erfolgen.

Aus Obigem geht hervor, daß die Forderungen sehr mächtig sind und angesichts der anerkannt guten Konjunktur bei nur einigermaßen gutem Willen erfüllt werden können.

Wir verstehen nicht, warum sich die Grubenbesitzer in Brandenburg der Forderung des Neunstundentages für die Bergarbeiter verschließen. In einer ganzen Anzahl von deutschen Braunkohlengrubenrevieren ist der Neunstundentag gang und gäbe und die Grubenbesitzer haben schwerlich Schäden davon gehabt. Auf vielen Werken ist man zur Achtstundenschicht übergegangen, obwohl die Kohlengewinnung technisch sicher auch hinter der in der Niederlausitz zurücksteht. Und wir sind gewiß, die Grubenbesitzer der Reviere mit kürzerer Arbeitszeit wünschen sicherlich die gleiche Festsetzung der Arbeitszeit für Brandenburg, denn so lange wie man hier noch zehn, elf und zwölf Stunden arbeitet, wird der schlimmsten Schmutzkonkurrenz nur Vorbehalt geleistet. Das hat der alte und bekannte Bergat Schröder, Direktor der Niederlausitzer Montanwerke, schon vor mehreren Jahren auf einer Bergarbeiterkonferenz in Halle a. d. S. festgestellt und begründet. Die Arbeitszeit ist im Niederlausitzer Reviere wie überhaupt in Brandenburg zu lang, die Arbeit selbst zu schwer und zu aufreibend, um nicht die schlimmsten Folgen zu hinterlassen. Wir, die wir die deutschen Bergreviere kennen, dürfen es offen sagen, daß nirgends die Zustände in Braunkohlengruben so schlimm sind, wie in der Niederlausitz. Gewiß, es gibt Reviere, wo ein noch geringerer Lohn zur Auszahlung kommt — aber nehmen wir das Gesamtbild an, dann finden wir kein zweites Bergrevier, das soviel Ungerechtigkeit gegen die Bergarbeiter in sich birgt, als wie in der Niederlausitz — trotzdem sich im Laufe der Jahre manches durch das Eingreifen des Bergarbeiterverbandes gebessert hat.

Als wir dieses Revier dem Verbaude erschlossen, da fanden wir Verhältnisse vor, die jeden Menschenfreund erschrecken mußten. Niedere wie höhere Beamten herrschten in die Taschen, der freien Willkür war Tor und Tür geöffnet. Frauen und Töchter der Arbeiter waren nicht vor geilen Beamten gesichert, die Arbeiterschaft selbst aber lebte in Unwissenheit und Noth fort — der Schnaps beherrschte das Gebiet. Selbstverständlich sind hier Ausnahmen zuzulassen, aber wir haben nicht die Ausnahmen hervorzuheben, sondern das Gesamtbild von damals festzuhalten. Man denke sich, in die Zeit zurück, als der berühmte „Hauptmann“ Strack das Szepter über die Lausitz schwang.

Die elendlichen Wohnungsverhältnisse, die erbärmlichsten Löhne, die schlimmste Behandlung — das Prügeln von Arbeitern fiel nicht einmal auf den Gruben auf. Hinzu kamen die ungeschützten Missethäter auf den Werken und eine Behörde, die entweder blind und machtlos den Ungerechtigkeiten gegenüberstand oder nichts sehen und wissen wollte.

Vieles hat sich geändert. Von der Zeit an, wo sich die Bergarbeiter in den großen Wäldern der Lausitz zu Versprechungen ihrer traurigen Lage zusammenschanden, bis heute liegt jetzt schon eine Anzahl Jahre. Der Bergarbeiterverband hat die größten Anstrengungen gemacht, um bessernd einzugreifen und das mit Erfolg. Die wohlthätige Wirkung unseres Verbandes auch auf die Bevölkerung ist an Gerichtsstelle anerkannt worden, mehr noch kann dieses nachgewiesen werden, wenn wir die Zustände von damals mit den heutigen vergleichen. Und alles das trotz der schlimmsten Verfolgungen. Man schleppete unsere Verbandskameraden vor die Gerichte, Monstreprozesse wurden anhängig gemacht, aber wo auch nur ein Prozeß stattfand, da schaute man in einen abscheulichen Abgrund hinein; es wurden Tatsachen aufgedeckt, die man in einem Kulturlande für unmöglich halten sollte. Wir brauchen nur an den Prozeß gegen unsern Kameraden Gärtner, wie an den Frankensprozeß in Rottbus erinnern um stütz auf die Arbeiter zu sein, die der Verband und seine Mitglieder in der Niederlausitz für die Bergarbeiter hierhergeführt haben. An Kämpfen bezie-

Streiks hat es nicht bisher gefehlt. Der jetzige Streik hat eben seine Vorgeschichte.

Wir haben in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ zeigen können, wie sich die Produktion im Senftenberger Revier in den letzten Jahren gestaltete. Die Geschäftslage ist für die Werksbesitzer eine glänzende. So schafften im Jahre 1906 im Senftenberger Becken 10 588 Arbeiter nicht weniger als 171 803 019 Kestolter Braunkohle und 3 799 345 Tonnen Briketts. Für das Kestolter Steinkohle müssen 25 Pfg. und mehr gezahlt werden; für Förderer wie Anporkohle 20 Pfg. und mehr. Die Steinkohle, für die etwa 10 Pfg. für das Kestolter gezahlt werden müssen, wird meist zur Herstellung der Briketts gebraucht. Die Briketts werden pro Tonne für 8—10 Mark abgesetzt. Nur ein Drittel der Arbeiter-schaft ist unterirdisch beschäftigt, und hier liegt auch der Schwerpunkt des Streiks. Wenn von diesen Arbeitern der größte Teil die Arbeit niederlegt, dann tritt, wie voriges Jahr in Mitteldeutschland, die Kohlenalamität ein, die auf die Dauer unerträglich wird. Die Arbeiter über Tage sind zum Glück nicht für den unterirdischen Betrieb zu gebrauchen, aber es wird auch den Werksbesitzern schwer fallen, die Lebertagsarbeiter zur eigentlichen Bergarbeit heranzuholen oder sie dazu zu zwingen.

Interessieren dürfen hier die Verdienste, wie sie das Oberbergamt Halle in einem kürzlich erschienenen Werk: Die Belegschaft der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtsbezirk Halle und auch für das Senftenberger Becken festgestellt. In Frage kommen für das Streikgebiet die Kreise Salau und Luckau. Wir geben hier die Löhne für die eigentlichen Bergarbeiter wieder. Der Lohn ist als Bruttolohn nach Abzug der Beträge für Sprengmaterialien und Gezüge zu verstehen. Ferner ist die durchschnittlich für eine Schicht verdiente Lohnsumme in der Weise ermittelt worden, daß der im Monat Oktober 1905 von jedem Bergmann verdiente Lohnbetrag durch die Anzahl der von ihm verrichteten Schichten dividiert worden ist. Etwasige Leberstücken und Nebenarbeiten sind angerechnet, nachdem ihre Dauer auf die regelmäßige Schichtzeit umgerechnet worden ist. Die Berechnung ist also eine solche, die die Lohnverdienste nicht ungünstig ins Licht rückt. Mögen die Löhne inzwischen etwas gestiegen sein, so ist doch festzustellen, daß die „gesteigerten“ Löhne durch die gestiegenen Lebensmittelpreise wieder absorbiert wurden. Die Lebenslage der eigentlichen Bergarbeiter auf Grund der erworbenen Löhne dürfte heute gegen den Monat Oktober 1905 nicht sehr unterschiedlich sein. Es hatten einen Verdienst von

Kreis	Anzahl Arbeiter	Kreis	Anzahl Arbeiter
1,00—1,49 Mark	1	—	—
1,50—1,99 "	1	3	—
2,00—2,49 "	101	12	—
2,50—2,99 "	984	88	—
3,00—3,49 "	1001	144	—
3,50—3,99 "	940	133	—
4,00—4,49 "	813	74	—
4,50—4,99 "	378	28	—
5,00—5,49 "	63	3	—
5,50—5,99 "	11	—	—
6,00—6,49 "	3	—	—

Mit dieser Tabelle dürfte wohl der Beweis erbracht sein, daß die Lohnverhältnisse in der Niederlausitz recht tief stehen und einer Aufbesserung recht nötig bedürfen. Wie gesagt, das sind die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter. Schlimmer steht es mit den Arbeitern in den Aufbereitungs- und Nebenbetrieben. Hier wie in der Grube handelt es sich meist um verheiratete oder sonstige erwachsene Bergleute. Aber nur wenige von ihnen hatten das Glück, einen halbwegs anständigen Lohn zu verdienen, die übergroße Mehrzahl der Bergarbeiter muß tüchtig entbehren, wenn sie mit dem verdienten Gelde den Monat hindurch auskommen will. Der jetzt geforderte Lohn ist also das Mindeste, was dem Arbeiter gegeben werden muß, will man ihn nicht zum ständigen Hungerleben verdammen. Freilich halten die Werksbesitzer die Lohnforderung ebenso unbedeutend, als die Forderung des Neunstundentages, wie sie überhaupt jede Forderung der Arbeiter für indiskutabel hält. Hauptsache ist, wenn sich der breite Goldstrom in ihre Geldschränke ergießt, die Arbeiter mögen sehen, wie sie sich durchschlagen. Nun, wir werden es ja erleben, ob die Werksbesitzer sich auf die Dauer so „zugelüpfelt“ halten können. Das eine ist sicher: Ob die Lausitzer Grubenbesitzer wollen oder nicht, so lange sie nicht davon gehen, die Lage ihrer Arbeiter halbwegs zu heben, die Missethäter auf den Gruben — auf die wir hier nicht eingehen wollen — zu befeitigen, so lange wird es keine Ruhe mehr in der Niederlausitz geben.

Zur Lage der Bergarbeiter in der Oberpfalz und in Oberbayern.

So wenig auch das kleine Häuflein der Bergarbeiter in der Oberpfalz gegenüber den großen Industriezentren ins Gewicht fällt, hat es doch seine Geschichte. Kurz war von jeher der Lohn, verschuldet durch die Wirtschaft der kleinen Mittl. Fern von der großen Welt hat bisher der größte Teil dieser Arbeiter gefrondet, ohne zu wissen, daß tausende ihresgleichen in allen deutschen Gauen in gleich hartem Brod stehen. Schon der Charakter der Gegend trägt ein rauhes, hartes Gepräge, und den gleichen Charakter hat der Unternehmerr, der die vom Staat halb geschenkt und oft genug noch subventionierten Gruben ausbeutet. Daß unter diesen Umständen die Lohnverhältnisse sehr im argen liegen, braucht nicht zu verwundern, das muß sogar die Behörde zugeben, aber keiner fand sich bisher, den Arbeitern aus ihrer fast trostlosen Lage herauszuhelfen. Auch das Bürgerthum kennt die trostlose Lage der Arbeiter, wie sich aus nachstehendem ergibt. In einer mittleren Stadt der Oberpfalz mit großer Industrie, in der Nähe eines Eisenhüttenwerkes gelegen, wurde kürzlich in einer Bürgerversammlung lebhaft Klage darüber geführt, daß Arbeiter und ihre Frauen starken Holzdiebstahl in den Wäldungen der Bürger verübten und es wurde aufgefordert, von Seiten der Behörden dagegen einzuschreiten. Ein angesehener Bürger aber nahm sich bei der Gelegenheit der armen Arbeiter an, indem er ausführte: Es sei leider Tatsache, daß die Arbeiter und ihre Frauen das Holz stehlen, aber sie handelten aus Noth, denn der Verdienst sei so gering, daß sie sich weder Holz noch Kohlen kaufen könnten und sie auf den Holzdiebstahl angewiesen wären, um Kochen zu können und sich im Winter vor Kälte zu schützen; die Grubenaktionäre wären millionenreich und verdienten Millionen, trotzdem würden die Arbeiter so schlecht entlohnt, daß sie sich nicht einmal Holz und Kohlen kaufen könnten.

Das Bürgerthum steht also ein, es weiß, wie trostlos die Lage der Arbeiter ist, nichtsdestoweniger rührt man keinen Finger, den Arbeitern zu helfen. Tatsache ist, daß die Herren Grubenaktionäre 25—40 Prozent Dividende herauschlagen, der Arbeiter aber, der auf diesen Gruben fröhdet, muß zum Diebe werden, weil sein Lohn nicht ausreicht, um sich vor der äußersten Noth zu schützen. Das gleiche Verhältnis herrscht auch auf den Braunkohlengruben. Nur wenigen ist es möglich, einen Lohn zu verdienen, der sie vor dem Verhungern schützt. Der größte Teil der Schichtzeit 10—12 Stunden. Wenn man die einzelnen Bergwerksorte besucht, tritt einem überall die große Armut entgegen, kein „Arbeiterfreund“, aber läßt es sich einfallen, gegen diese staubdicken Zustände auch nur mit einem Wort zu protestieren. Fromme Leute wettern, wo sich nur irgend eine Gelegenheit bietet, gegen die „unchristlichen“ Organisationsbestrebungen der „Roten“ (gemeint ist der Bergarbeiterverband) und glauben,

damit ihr Lagergeld beendet zu haben. Aber auch in diesem rick-

In Nr. 84 unserer Zeitung haben wir bereits den zwischen

Dieser schöne Erfolg müßte aber auch die Bergarbeiter in

Knappschäftliches.

Das Regierungsorgan über die neuen Knappschäfts-

Wir haben schon in letzter Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“

„In der Tagespresse wird mehrfach die schwierige Lage im

Bei der Besprechung dieser Schwierigkeiten in

Diese Auffassung beruht auf einer Verkenntung der tat-

Un diese gefällig festgelegten Selbstverwaltung der

Zunächst ist nach § 184 a Absatz 3 das Oberbergamt befugt,

In einem solchen Falle ist das Oberbergamt in dessen nach

Die Ältesten tun gut, sich die Äußerungen des Regierungsorgans

Einigung der organisierten Ältesten.

Am 17. September hat eine Sitzung von gewählten Vertretern der

Die bezeichneten 10 Punkte als Verschlechterungen (abgedruckt in

Zu § 98 Absatz 4 entstand eine Debatte über das Ausscheiden der

Wochun. Am Freitag, den 20. September warzen die Vorstands-

In Nummer 37 des „Bergknappen“ weicht sich der Vorstandsälteste

Erle. Am 15. September fand in Erle eine Versammlung des

Resolution.

„Die heutige von Mitgliedern aller Organisationen gut besuchte

Die heutige von Mitgliedern aller Organisationen gut besuchte

schon im Februar 1907 gewählt. Die Wahl aber wurde damals laut

Mißstände auf den Gruben.

Ruhrrevier.

Zeche Augusta-Viktoria. Vogel frei oder nicht, so heißt es

Zeche Bergmann b. Mitten. Der Gerechte erbarnt sich auch

Zeche Deutscher Kaiser. Ueberwachten und bergpolizeiliche

Zeche Deutscher Kaiser. Wenn Sie die erste halbe Schicht keine

Zeche Graf Bismarck (Schacht II). Lang, lang ist's her, daß

